

Dienstag, 04.05.2010

Handelsblatt

» Artikel drucken
» PDF generieren

GRIECHENLAND

04.05.2010 06:20 Uhr

Sparkassen plädieren für Transaktionssteuer

Die Sparkassen haben sich gegen einen Rettungsbeitrag der Gläubiger Griechenlands ausgesprochen. Sparkassenpräsident Heinrich Haasis hat dafür einen anderen Vorschlag parat: Er plädiert für eine Finanztransaktionssteuer - und zwar für alle.

von Frank M. Drost und Peter Köhler



Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Quelle: dpa

FRANKFURT. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen plädieren für eine Finanztransaktionssteuer, um Mittel aus der Kreditwirtschaft einzusammeln und so künftigen Krisen vorzubeugen. Eine pauschale Bankenabgabe lehnt Heinrich Haasis, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), dagegen ab. "Wir plädieren für eine Finanztransaktionssteuer, die alle Geschäfte aller Marktteilnehmer abdecken würde. Erfasst würden damit beispielsweise auch Hedge-Fonds, die ja bei der Bankenabgabe bislang völlig außen vor sind", sagte Haasis im Interview mit dem Handelsblatt.

Er könne nicht nachvollziehen, dass eine Abgabe auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen in Deutschland gezahlt werden soll, auf gefährliche außerbilanzielle Finanzkonstruktionen aber nicht. "Mir ist dann auch nicht einsichtig, weshalb Institute wie die Sparkassen oder Genossenschaftsbanken zahlen sollen, die einen so gebildeten Krisenfonds nicht in Anspruch nehmen, sondern ihre Stabilität mit eigenen Sicherungssystemen gewährleisten", ergänzte Haasis.

Im Vorfeld des "Sparkassentags" in Stuttgart wandte sich Haasis auch gegen einen Rettungsbeitrag der Gläubiger - den sogenannten haircut - für Griechenland. Er halte es für "grundfalsch", mit dem Finger auf die Gläubiger zu zeigen. "Wir alle wollen doch, dass Anleger ihr Geld in den Euroraum bringen und zur Staatsfinanzierung zur Verfügung stellen. Wollen wir diese tatsächlich mit Gewalt vertreiben, indem wir ihnen signalisieren, dass ihr Geld in diesem Währungsraum nicht sicher ist?", argumentiert Haasis.

So etwas könne schnell zu einem Rückzug von Anlegern aus anderen Euro-Ländern führen. "Etwas ganz anderes gilt bei denjenigen, die jetzt mit Spekulationsgeschäften die Krise verschärfen. Da würde ich es sehr begrüßen, wenn man sie heranziehen könnte", ergänzte der DSGV-Chef.

Zurückhaltend äußerte sich Haasis bezüglich einer Beteiligung der Sparkassen am Rettungspaket für Griechenland. Es seien die gefragt, die Griechenland bei kreativer Buchführung und unkonventionellen Kreditaufnahmen geholfen hätten und die durch Spekulationen gegen die Kreditwürdigkeit Griechenlands Geld verdienen wollten. "Zu beiden Gruppen gehören die Sparkassen nicht", betonte Haasis.

© 2010 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der Verlagsgruppe **Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv | Schlagzeilen

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende Nutzungshinweise, die Datenschutzerklärung und das Impressum.